



Der Verfassungsrat war im September vom Staatsrat mit einer vorrangigen Verfassungsfrage befasst worden, nachdem ein Hersteller von Fahrerassistenz- und Navigationssystemen einen entsprechenden Antrag gestellt hatte.

Autofahrer dürfen Verkehrsinformationen, auch über Geschwindigkeitskontrollen, auf dem gesamten französischen Straßennetz austauschen, entschied der Verfassungsrat am Mittwoch, dem 24. November. Eine Ausnahme gilt für Kontrollen der Ordnungskräfte, die das Anhalten von Fahrzeugen beinhalten.

Die Verfassungsweisen waren im September vom Staatsrat mit einer vorrangigen Verfassungsfrage (QPC) befasst worden, nachdem der Hersteller von Fahrerassistenz- und Navigationssystemen Coyote System einen entsprechenden Antrag gestellt hatte. Das Unternehmen focht einen noch nicht umgesetzten Artikel der Straßenverkehrsordnung (Gesetz vom 24. Dezember 2019) an, der das vollständige Verbot vorsah, „die von den Nutzern dieses Dienstes gesendeten Nachrichten und Hinweise weiterzuverbreiten“, auch wenn diese Hinweise keinen Bezug zur Kontrolle haben. Dieses Verbot galt nur auf Landstraßen. Aufgrund einer EU-Bestimmung durften die Präfekten den Austausch von Informationen zwischen Autofahrern auf Autobahnen und Nationalstraßen nämlich nicht verhindern.

Die Anwälte von Coyote System hatten diesen Bestimmungen vorgeworfen, „die Meinungs- und Kommunikationsfreiheit zu beeinträchtigen“, „ein Eingriff, der weder notwendig noch geeignet noch verhältnismäßig im Hinblick auf das vom Gesetzgeber verfolgte Ziel wäre“. In seiner Entscheidung erinnerte der Verfassungsrat an Artikel 11 der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789: „Die freie Mitteilung von Gedanken und Meinungen ist eines der wertvollsten Rechte des Menschen“. „Dieses Recht beinhaltet die Freiheit, auf diese Dienste zuzugreifen und sich darin zu äußern“, stellte der Verfassungsrat in einer Pressemitteilung fest.

Lesen Sie dazu auch: Das Ende der Warnungen vor Polizeikontrollen: Was sich am 1. November ändert